

Märker Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hedra Nr. 221. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Beklammelt 20 Pf.
Anzeigenannahme an Freitagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Hedra — Bantverein Artern.

Nr 61

Sonnabend, den 21. Mai 1932.

45. Jahrgang

Die letzte Woche

Es ist nicht zu bezweifeln, daß der deutsche Vorkriegsstand in dem Unterausfuhr der Abrüstungskonferenz, der sich mit den Zufriedenheit beehrt, zunächst sein Ziel nicht erreichen konnte. Der deutsche Vertreter, Ministerdirektor Brandenburg, hat verhandelt, schon in einem früheren Stadium der Aussprache den offensiven Charakter der Luftwaffe klarzustellen und den deutschen Antrag durchzuführen, der darauf abzielt, die ganze militärische Luftfahrt zu verbieten. Zu diesem Zweck war es nötig, die Formulierung, die der Ausschuss zur Vorseiner Zulassung machen wollte, abzuändern, da sie eine klare Beantwortung der Frage nach dem offensiven Charakter der Luftwaffe verriet. Der deutsche Antrag wurde aber mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt, was zeigt, daß die Gegner des Antrags sich offenbar bisher noch nicht zu dem Grundgedanken durchringen konnten, daß die militärische Luftfahrt zu verbieten. Da es sich jetzt um eine Auseinandersetzung im Unterausfuhr handelt, ist die Angelegenheit noch durchaus in der Schwebe, es wird allerdings sehr zielbewußter und einkündiger Arbeit bedürfen, der deutschen Sache weitere Anhänger zu werben. Die Auslieferung in dem Unterausfuhr war jedenfalls sehr beachtenswert, auch nach der negativen Seite hin. Das gilt besonders für die Ausführungen des belgischen Militärattachés, die den Grundlag vertrat, daß militärische Beobachtungs- und Jagdflugzeuge im Grunde keinen offensiven, sondern defensiven Charakter hätten. Man muß diese Debatte festhalten, denn aus ihr ist der Beweis dafür abzuleiten, daß die Bestimmungen des Berliner Vertrags als nicht nur darauf abzielen, Deutschland seiner Angriffswaffen zu berauben, sondern daß man ihm auch militärische Mittel, die nach dem Urteil der Gegenseite im wesentlichen der Verteidigung dienen, nicht zubilligen wollte. Am übrigen war es sehr merkwürdig, daß der deutsche Vertreter Gelegenheit hatte, nicht nur die maritimen, sondern auch die technischen Seite dieser Frage eingehend zu erklären, und daß er unter dem Sprecher der Delegationen, die nachher dem deutschen Antrag zustimmten, aber auch bei seinen Gegnern Verständnis und Beachtung gefunden hat.

Die japanische Militärpartei hat erreicht, daß bei der Neubildung des Kabinetts die in die Hand des bisherigen Innenministers Suzuki gelegt worden ist, eine Anzahl von Ministerposten Betreuer der nationalistischen Vereinigung übergeben werden soll, die die treibende Kraft des Widerstandes gegen das Kabinett Inukai und damit die Urheber der blutigen Vorgänge in Tokio ist. Die neue Regierung wird sich also aus Vertretern der konservativen Sozialpartei und der nationalistischen Gruppe zusammensetzen. Angeht es der Energie und Rücksichtslosigkeit, mit der diese in der verwirrt Situation der regierenden Parlamentspartei ihren Willen aufzuzwingen und offenbar auch auf die Entscheidung des Kaisers den maßgebenden Einfluß gewonnen haben, ist zu erwarten, daß Suzuki ganz dem Namen nach das neue Kabinett führen, daß sein Kurs aber ausschließlich von den radikalen Elementen beeinflusst sein wird. Die Stimmungsbilder aus Japan, die inzwischen eingetroffen sind, lassen immer deutlicher erkennen, daß die Bewegung, die mit dem blutigen Ausbruch am Pfingstmontag in sich an die Oberfläche dränge, eine für die japanische Verfassung typische Bewegung militärischer und sozialrevolutionärer Bestrebungen ist. Dabei dürften sich die Kräfte aus den letzten ergeben. Die Schwierigkeit, für den starken japanischen Bevölkerungszuwachs Lebensraum zu gewinnen, verdrängt die wirtschaftliche Krise und die Militärs sehen den einfachsten Weg zu ihrer Lebensverbesserung in einer imperialistischen Eroberungspolitik für die ihnen das riesige China der nächstliegenden und bequemsten Boden zu sein scheint. Darum haben sie aus machtpolitischen wie aus sozialpolitischen Gründen die Regierung Inukai oerwärtsgetrieben und haben sich blutig gegen sie aufgewehrt, als das Kabinett sich genügt hat, mit internationalen Tatsachen zu rechnen, vor denen die beschränkte Macht ihre Augen verblende. Unter diesen Umständen wird auch die weitere Entwicklung im Fernen Osten sich nachziehen, und damit ist den übrigen Mächten die Aufgabe gestellt, mit gesteigerter Wachsamkeit diese Entwicklung zu verfolgen.

Zwischen dem Führer der steigenden radikalen Partei Herriot und dem neuen französischen Staatspräsidenten Berthoin hat eine erste Fühlungsnahme stattgefunden, die grundsätzliche Bedeutung hat. Die Unternehmung geht vornehmlich außenpolitischen Fragen, da es gilt, die Haltung Frankreichs in Genf und in Lausanne zu klären, während die innenpolitischen Probleme noch zurückgestellt bleiben. Einem wertvollen Hinweis auf das außenpolitische Programm Herriots gewinnt man aus der Auseinandersetzung, die er persönlich in einem Zeitungsartikel mit dem französischen Delegationsführer General Borel über die Unternehmung am Pfingstfreitag führt. Herriot unterstreicht seine Lebensentfaltung mit Paul-Boncour und dem Bestenfalls zu der bisherigen Haltung Frankreichs gegenüber dem Abrüstungsproblem, namentlich auch was den Plan Tardieu zur Schaffung einer Völkerbundarmee angeht. Die drei Schlagworte: Selbstheil, Schiedsgericht, Abrüstung, sie sind auch in diesem Aufsatz Herriots das Leitmotiv, und es erinnert an frühere Erklärungen mit ihm, wenn er ausführt, daß der augenblickliche Zustand der Weltgeschichte für patriotische Völker (er nennt er sich selbst und Paul-Boncour) besonders Schwierigkeiten bereite. Auch daß Herriot für die letzte Rede des

Reichstagners Dr. Brüning keine andere Kennzeichnung weiß, als daß die außenpolitische Situation schwerer habe, ist für uns in Deutschland nicht gerade eine Lebensversicherung, aber eine ernste Befähigung der Tatsache, daß wir von einer französischen Politik unter seiner Leitung keine Erleichterung der bevorstehenden Verhandlungen zu erwarten haben. Das wird auch durch den Eifer bestätigt, mit dem Herriot erklärt, daß Frankreich in der Reparationsfrage kein unerschütterliches Recht nicht vorzulegen und das Gleichgewicht zwischen seinen Reparationsansprüchen und seinen Schuldverpflichtungen nicht auf Kosten der französischen Steuerzahler stören lassen wollen. Es ist kein ermutigendes Beispiel für Lausanne, das aus diesen Worten des Mannes erklingt, in dem man die stützende Kraft der französischen Politik der nächsten Jahre zu erblicken hat.

England und die deutsche Grenzland-Not

Eine Studienkommission in Schlesien.
Berlin, 20. Mai.
Das englische Außenministerium hat zum Studium der Reichsstände in der deutschen Grenzzone eine aus Parlamentariern bestehende Kommission nach Deutschland entsandt. Man will auf diese Weise aus eigener Anschauung ein Urteil über die deutschen Klagen gewinnen, daß durch die unrichtige Grenzziehung im deutschen Osten die naturgegebenen Wirtschaftsgebiete durchschnitten sind und die Wirtschaft des deutschen Ostens erschwert worden sei — kurz, daß durch den Verfall der Vertrag unzulässiger und dringender der Revision der Reichsgrenzen bedürftig geschaffen worden sind.
Vor ihrer Zurechtweisung ist die englische Studienkommission jetzt in Schlesien eingetroffen. Sie hat Schreiberhan besucht und dort insbesondere die Topographische Karte besichtigt. Im Anschluß daran wurde nach Grottau gefahren und dort die Aussichten des schlesischen Barock im Kloster Grottau im Augenblicke genossen. Die Ministerabteilung führte die Studienkommission auch nach Schönbach.

In schlesischen Kreisen hat man allerdings den Eindruck, daß der Reiseplan der englischen Kommission nicht besonders glücklich gewählt sei. In schlesischen Wäldern wird die Frage aufgeworfen, ob es zweckmäßig sei, die Gänge von einem Schaafstall Schlesiens zum anderen zu führen. Was ihnen sehr gesagt wurde, ist Schreiberhan im schlesischen Pfingstkreise, also in Kasanowitz, die leicht einen falschen Eindruck erwecken könnten und dieselbe geht auch für den Besuch von Bad Salzbrunn und Grottau. Nebenbei wäre eine solche Besichtigung zum Beweise des Hochstandes ostdeutscher Kultur durchaus begriffenswert. Wichtiger aber ist, die Herren in die leerstehenden Webereien von Landscheidt, in die Hütten der Gruben von Wachsenburg und in die Wohnungen der Arbeiterlosen des Kohlenreviers zu führen. Es handelt sich doch nicht um Fremdenwerbung für Schlesien, sondern um Anknüpfungsterritorium über die verheerende Wirkung der in Haphazard geschaffenen Friedensverträge. Der Unterricht aber kann weder durch die Ausschläge von Grottau noch durch den Bachbau des Schloßhotels in Bad Salzbrunn — beides Prunkstücke aus vergangener besserer Zeiten — erteilt werden. Was den Engländern, wenn die Reise für sie und für Deutschland nutzbringend sein soll, gesagt werden muß, das ist das hitzige harte Geld, mit dem Grenzgebiete des Ostens heute kämpfen.

Eine Schachfigur aus Kowno

Generalkonsul Ghys ernannt.
Kowno, 20. Mai.
Die Ernennung des Londoner Generalkonsuls Ghys zum Gouverneur des Memelgebietes wird nunmehr auch amtlich bestätigt. Ghys wird bereits am Freitag die Amtsgeschäfte übernehmen.

Der neue Gouverneur des Memelgebietes, der, wie verläutet, nicht den Titel „Minister“ führen soll und auch der Zentralregierung untergeordnet ist, wird bereits in den nächsten Tagen erwartet. Wie aus Kowno verlautet, ist es Ghys zur Pflicht gemacht worden, ein Direktorium zu bilden, das sich voll und ganz auf die Mehrheitspartei stützt. Man geht dabei in Kowno offenbar von der Auffassung aus, daß das neue Direktorium in der Zeit der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Memelgebietes die Verantwortung übernehmen soll.

Kein Konzentrationskabinett in Wien

Dr. Dollfuß' neuer Auftrag.
Wien, 20. Mai.

Die Bildung einer Konzentrationsregierung aller bürgerlichen Parteien unter Dr. Dollfuß' Führung scheitert. Der Fraktionsvorsitzende des Nationalen Arbeitervereins, Dr. Straffer, hat Dr. Dollfuß die Mitteilung gemacht, daß seine Fraktion nicht in der Lage sei, an der Regierungsbildung teilzunehmen, da in dem in Aussicht genommenen Regierungsprogramm wichtige Maßnahmen fehlten, die sich angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes als notwendig erweisen würden.

Ein neuer Auftrag für Dr. Dollfuß lautet jetzt auf Bildung eines überparteilichen Ministeriums. Dr. Dollfuß glaubt, binnen kurzem eine vollständige Ministerliste fertig zu haben. Die Ministerliste dürfte sich voraussichtlich zum

Teil aus Parlamentariern, zum Teil aus Nichtparlamentariern zusammensetzen.

Transfermoratorium in Oesterreich?

Die vertraulichen Verhandlungen über die weitere Behandlung des finanziellen Hilfseschusses der österreichischen Regierung gehen weiter. Von deutscher Seite nahmen Ministerialdirektor Graf Schwerin-Krozig, der Finanzattaché in Berlin, der deutschen Regierung für die Donaufrage und das deutsche Mitglied des Finanzausschusses des Völkerbundes, Kemper (Bankhaus Mendelssohn), an den Verhandlungen teil.

Es befehlt die Militär, durch den Völkerbundsrat einen engeren Anschluß aus Vertretern des Finanzausschusses und den Donaufuhrerklärungen der vier Mächte, Deutschland, England, Italien und Frankreich, einzuleiten, der sich mit dem österreichischen Hilfseschuß befaßt soll. Jedoch werden in mangelnden internationalen Finanzkreisen die Ausschüsse dieser Völkerbundsarbeiten außerordentlich pessimistisch beurteilt.

Der Zweck dieser neuen Maßnahme kann nach der gegenwärtigen Lage lediglich der sein, Oesterreich auf irgend- einem Wege in letzten Augenblicke eine Anleihe zu verschaffen. Es befehlt der Eindruck, daß die französische Regierung die Finanzhilfe für Oesterreich bis zur Lausanner Konferenz aufstellen will, um dann unter dem Druck der nachdenklichen Ostfrage Oesterreichs und der Balkanfrage auf der Lausanner Konferenz den bekannten Donauplan Tardieus, dessen rein politischer Charakter heute nirgends mehr angezweifelt wird, endgültig durchzubringen.

Jedoch rechnet man damit, daß Oesterreich zwar mehr bis zum Zusammenfall der Lausanner Konferenz warten kann und die Erklärung eines Transfermoratoriums durch die österreichische Regierung daher unermüdlich geworden ist. Unter diesen Umständen kann der Einleitung eines Sonderauschusses des Völkerbundes für die österreichische Finanzhilfe keinerlei praktische Bedeutung beigemessen werden.

Das Kriegs-Kabinett in Tokio

Die Forderungen der Armee.
Tokio, 20. Mai.

Der japanische Armeestab hatte dem Führer der Sozialpartei, Suzuki, ultimative Bedingungen vorgelegt, unter denen er die Bildung eines neuen Kabinetts zustimmen will. Die Armeeforderung in erster Linie den Einfluß solcher Männer in die neue Regierung, die für die Durchführung einer nationalen Politik Gewähr bieten. Die Armee hat nun auch ein besonderes Wirtschaftsprogramm aufgestellt, dessen Befolgung sie von Suzuki verlangt und das u. a. Steuer- und Schuldenerleichterungen für Bauern und Kleinrentner vorseht. Suzuki hat sich in großen Zügen mit den Forderungen der Armee einverstanden erklärt, lo daß mit seiner Beauftragung zur Kabinettsbildung gerechnet wird. Voranschaulich wird der bisherige Kriegsmilitärkraft im Amt bleiben. Wie verlautet, haben sich die Vertreter der Armee gleichzeitig zu einer Unterdrückung von unangeleglichen Bewegungen in der Armee bereit erklärt.

Die Beisehung Inukai

Die Befehle des ermordeten Ministerpräsidenten Inukai haben unter ungeschwächter Anteilnahme der Bevölkerung in den Feiertagsjahren hatten der Kaiser und die Kaiserliche Vertreter entfiel.

Ferner waren die Parteiführer, die hohen Würdenträger und die Diplomatische Korps zugegen. Am ganzen Lande war halbmaßig feierlich.

Auch die Opposition für Suzuki

Der Führer der Minseit-Partei hat dem Innenminister Suzuki erklärt, daß seine Partei, die bisher in der Opposition war, der Bildung einer nationalen Regierung zustimme. Sie wolle eine solche Regierung unterstützen, ohne ihr jedoch anzugehören.

General Ma und die Völkerbundskommission

Nach einer russischen Meldung aus Schanghai hat General Ma sich bereit erklärt, mit der Völkerbundskommission über die politische Lage im Fernen Osten zu verhandeln. Er schlägt vor, daß die Begegnung in Chaphin stattfinden sollte. Selbstverständlich müßten das japanische Oberkommando und die Regierung Pungi ihm freies Geleit versprechen.

Die Regierung Pungi und die japanischen Militärschöden haben diese Forderung abgelehnt.

Japan droht mit Wiederbefehlung Schanghai.

Nach einer Mitteilung der japanischen Presse in Schanghai erklärte General Shirotawa, wenn die chinesische Regierung das Abkommen vom 5. Mai verfolge, so würden die japanischen Truppen wieder in Schanghai landen. Die chinesische Regierung müsse besondere Maßnahmen treffen, um antijapanische Bewegungen zu unterdrücken.

Das neue japanische Kabinett

Tokio, 20. Mai.
Bei den Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Sozialpartei Suzuki und dem nationalistischen Kriegsminister Inaki, der die Armee vertritt, ist bereits eine Verständigung über die Zusammenlegung des neuen Kabi-

necks zustandekommen. Man regnet allgemein damit, daß Esaki Ministerpräsident, Oshio, der japanische Botschafter in Rom, Außenminister, Chōba Finanzminister, General Araki Kriegsminister und Viceadmiral Suōzuga Innenminister wird. Auch der einflussreiche Führer des japanischen Oberhauses, Prinz Kano, dürfte eine Ministerposten erhalten.

Deutsche Tageschau

Emir Feisal in Berlin.

Emir Feisal, der zweite Sohn des Königs Ibn Saud von Hejaz und Nechid, trifft am Freitagmorgen im Flugzeug in Berlin ein, um der Reichsregierung einen offiziellen Besuch abzustatten. Emir Feisal wird dem Reichsminister als Vertreter des Reichspräsidenten ein Handbrevet seines Vaters überreichen. Der Besuch dient der Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Hejaz. Emir Feisal wird Gast der Reichsregierung sein und im Hotel Eden Wohnung nehmen. Am Montag wird er Berlin wieder verlassen.

Fraktionsführungen des Zentrums in Preußen.

Die Zentrumsfraktion des neuen Preussischen Landtags wird in ihrer ersten Fraktionsführung, die am Freitagabend stattfindet, im Vorhand noch nicht wählen; die Vorhandwahlen sollen vielmehr erst im Herbst erfolgen. Die Fraktion will sich in drei in den nächsten Tagen vorzunehmenden Sitzungen ausgiebig über die politische Lage ausprechen. Voraussichtlich wird auch Reichstagsler Beratung, an einer der Sitzungen teilnehmen.

NSDAP-Versammlung tagt unter Hitler's Führung.

Die nationalsozialistische Fraktion des neuen Preussischen Landtags war zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Die 162 Mitglieder der Fraktion begaben sich zunächst zur Begrüßung des Führers Adolf Hitler und um dessen Richtlinien für die nächste Zeit entgegenzunehmen, in das nahe dem Landtaggebäude gelegene Hotel Prinz Albert. Mit Hitler zusammen erschienen u. a. der Fraktionsführer, Abg. Kube, sowie die Reichstagsabgeordneten Dr. Wechsels und Göring.

Das rote" Volksteilungsabkommen in Bremen.

Die ersten beiden Sitzungsversammlungen für das kommunalistische Volksabgeordneten auf Auflösung der Bremischen Bürgerchaft, das bis einschließlich 22. Mai läuft, beizuziehen die Voraussetzungen über den Mißerfolg dieser von den Kommunisten allein eingeleiteten Aktion im vollen Umfang. Ingeachtet hat an beiden Tagen das rote Volksabgeordneten nur 1457 Anhänger gefunden. 50.000 Stimmen sind erforderlich, wenn der Volksabgeordnete Erfolg bescheiden sein soll.

Auslands-Rundschau

Vor dem Ende der oberösterreichischen Autonomie?

Die „Kolonia“, das Blatt Korintys, meint, daß im Lager der polnischen Regierung allmählich die Richtung überhand genomme, die in jedem Preis die oberösterreichische Autonomie aufzugeben, die Schließung der Session des Landtags dürfte der erste Schritt dazu gewesen sein. Möglich werde man nach der Feier des 10. Jahrestages des Unterganges der Staatshoheit kurzen Prozeß machen und die Autonomie, nachdem sie 10 Jahre lang bestanden hat, als überflüssig aufheben, um der „inneren Vereinigung mit dem Mutterlande" Ausdruck zu geben.

Gründung eines Zentralverbandes der polnischen Industrie.

In Warschau fand die Gründungsversammlung des Zentralverbandes der polnischen Industrie statt. In dieser Sitzung wurden die Satzungen angenommen und der Vorstand gewählt. Zu Präsidenten wurden Fürst Lubomirski-Warschau, Alfred Gatter (Berg) und hüttenmännischer Verein Katowice) und Sulep Juchimski-Bohnen gewählt. Zum Generaldirektor wurde der bisherige Leiter der kongreßpolnischen Industrie, Wierzbicki, bestellt.

Wieder ein neuer französischer Panzerkreuzer.

Ein Brief ließ ein neuer französischer 10.000-Tonnen-Panzerkreuzer vom Stapel, der den Namen „Algérie" tragen wird. Das Schiff gehört zur Klasse der in Washington festgelegten 10.000-Tonnen-Kreuzer, von denen Frankreich bereits sechs besitzt. Die „Algérie" ist 155 Meter lang, und 19,25 Meter breit. Die Besatzungsdichte soll sich auf 33 bis 34 Mann belaufen. Die Besatzung besteht aus acht 203-Millimeter-Geschützen, acht 90-Millimeter-Kanonen und acht 37-Millimeter-Flugzeugabwehrgeschützen. Außerdem verfügt das Schiff über sechs 550-Millimeter-Torpedorohrkanonen, zwei Schwere-Flugzeuge und zwei Wasserflugzeuge.

Bereitstellung von Geldern für die englische Industrie.

Dem „London Daily Herald" zufolge fanden Geheimverhandlungen zwischen Vertretern der Bank von England, der Großbanken, der Handelskammern und der Industrie- und Handelsverbände über die Bereitstellung von Geldern für industrielle Zwecke statt. Gebührende Unterstützung für einen Anstieg der bisher üblichen Verhältnisse, die sie bei den Banken aufnehmen konnten, drei bis sechsmonatige Wechsel erhalten, die unter Mitwirkung der Bank von England durch die Großbanken distanzieren werden sollen.

Was sind Angriffswaffen?

Die Abrüstungskonferenz kann sich über den Begriff nicht einigen.

Die Abrüstungskonferenz hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Die zahlreichen Ausschüsse der Konferenz beschäftigen sich gegenwärtig noch immer mit der Frage der Begriffsbestimmung der Angriffswaffen. Diese Verhandlungen sind bisher wenig erfolgreich verlaufen. Da auf französischer Seite gerade die schweren Angriffswaffen als Bedrohungsmitel hingehalten werden und damit der englisch-amerikanischen Bedrohung zu einem allgemeinen Verbot der Angriffswaffen zu gelangen, planmäßig laboriert wird. Der neugedachte Ausschuss für die Gas- und chemischen Waffen hat am Mittwoch zum erstenmal zusammen und wählte den belgischen Senator de Broeckere zum Vorsitzenden. Obwohl sämtliche Regierungen sich auf der Abrüstungskonferenz für die Abschaffung der Gas- und chemischen Waffen ausgesprochen haben, sind auch diese neue Schwierigkeiten entstanden, da man sich nicht einig werden kann, welche Gas- und chemischen Waffen als ausgeproben Angriffswaffen anzuzählen sind.

Der Völkerbundrat trat zu einer kurzen öffentlichen Sitzung zusammen, in der der Vizepräsident zunächst der japanischen Regierung das Verhalten des Völkerbundesrates zu der Ermordung der japanischen Reichstagspräsidenten zum Ausdruck brachte. Der Antrag der Internationalen Arbeitskonferenz auf Beteiligung des Völkerbundes an der Zusammenkunft der Japaner wurde an den Vertreter, den japanischen Botschafter Madaraga, zur Vorlage eines Beschlusses auf dieser Tagung verwiesen. Die von dem beratenden Militärausschuß des Völkerbundes ausgearbeiteten Durchführungsbestimmungen für

das Kriegsverhütungsabkommen des Völkerbundes wurden den an der Abrüstungskonferenz beteiligten Regierungen überreicht. Die Abkommen sieht im Kern die sofortige Entsendung eines neutralen Sachverständigen-Ausschusses durch den Völkerbundrat an den Streitort vor.

Der deutsche Ratsevert, Graf Welzel, gab hierzu eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die in den Durchführungsbestimmungen vorgesehenen Maßnahmen über die Einstellung von Luftangriffen im Kriegsfall von den lebendigen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz über die von Deutschland geforderte völlige Abschaffung aller Luftangriffe abhängig sei. Falls die Abrüstungskonferenz für die Abschaffung der Luftangriffe schreite, so würden damit die in dem Kriegsverhütungsabkommen vorgesehenen Maßnahmen gegen die Luftangriffe selbstverständlich hinfällig sein.

Vorstoß gegen die Militärluftfahrt

Die Verhandlungen im Luftfahrtschuß auf dem letzten Punkt. — Offene Cabotage Frankreichs und Belgiens. Genf, 19. Mai.

Ministerialdirektor Brandenburg bezeichnete im Luftfahrtschuß der Abrüstungskonferenz den vom Unter Ausschluß ausgearbeiteten Vorstoß über den Angriffskarakter der Luftkämpfe als nach deutscher Auffassung unannehmlich. Ferner trage der Vorstoß nicht den besonderen Verhältnissen in den Ländern Rechnung, die über keinerlei Abwehrmittel verfügen.

Für diese Länder sei der offene Charakter der Luftkämpfe aller Art ein unüberwindlich großer. Ihre nationale Verteidigung und das Leben ihrer Zivilbevölkerung sei durch das Vorhandensein militärischer Luftfahrt auf das empfindlichste bedroht.

Der am 29. April von der deutschen Delegation eingebrachte Antrag soll erst bei der künftigen Beratung des Völkerbundes zur Erörterung gelangen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Luftfahrtschußes der Abrüstungskonferenz wählte sich der belgische Vertreter mit der Erklärung gegen die deutsche Forderung auf Abschaffung der Militärluftfahrt, der deutsche Vorstoß über die Frage der Gleichberechtigung auf, für die der Ausschuß nicht zuständig sei. Der französische Luftfahrtminister Duménil stimmte dieser Forderung zu. Ministerialdirektor Brandenburg verzweifelte sich dagegen, im Ausschuß eine politische Frage angeschnitten zu haben und erinnerte daran, daß der Versailler Vertrag Deutschland die militärische Luftfahrt als eine besondere Angriffswaffe verboten hat, so daß darauf bei der Begriffsbestimmung der Angriffswaffen nicht vorübergegangen werden kann.

Verbot der Militärluftfahrt abgelehnt

In der Abstimmung wurde dann der deutsche Antrag auf völliges Verbot der gesamten militärischen Luftfahrt mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Für den deutschen Antrag stimmten außer den Antragstellern noch Dänisch-Deutscher, Kroatien, Ungarn, Bulgarien, die Türkei und China.

Anschließend haben die Vertreter der Kleinen Entente einen Antrag eingebracht, wonach die gesamte Zivil-Luftfahrt zu einem wesentlichen Bestandteil der Abrüstungsverhandlungen erklärt werden soll. Durch diesen Vorstoß soll entsprechend dem französischen Wunsch die zivile Luftfahrt Deutschlands in die zur Verhandlung stehenden Abrüstungsmaßnahmen einbezogen werden.

Der Verlauf der Aussprache im Luftfahrtschuß ist äußerst bezeichnend für den Gang der gesamten Abrüstungsverhandlungen. Zum erstenmal ist jetzt offen von französischer und belgischer Seite die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands in scharfer Weise abgelehnt worden.

Aus der Umgegend

Neuburg, 20. Mai.

Kirchliches. Zum Jungengottesdienst am Sonntag, dem 22. Mai, vormittags 1/12 Uhr in der Kirche wird wieder herzlich eingeladen. Es wird weiter herzlich gebeten, daß die Arbeitgeber den bei ihnen beschäftigten Jungmännern hierfür freie Zeit geben.

„Kleingärtner". Es ist eine deutsche Gewohnheit, daß man es bei vielen Feste nicht mit einem einzigen Festtage bewenden läßt, sondern ihrer mehrere hat, insbesondere, sogar mandala drei oder noch mehr. Dazu hat selbst die „schmelzliche moderne Zeit" nicht ändern können. Es gibt noch immer zwei oder drei Weidmännchen, Oster- und Pfingstfesttage, während man sich etwa in anderen Ländern schon längst dazu entschlossen hat, diese großen kirchlichen Feste auf einen einzigen Tag zu beschränken. So steht auch der Sonntag nach Ausdrück zu bringen, daß es noch einmal Pfingsten ist. Erst allmählich vertilgen die Lieder und Gesänge des Gründungsfestes der christlichen Kirche. Gleichzeitig ist Trinitatis, unter den größten Schwierigkeiten gelangen, am kommenden Oster-Fater, Gott-Sohn und Gott-Geist-Gest. Schöpfung, Erlösung und Vollendung, diese drei Tatenhaft der ewige geistigen Heilsgeschichte werden zusammen lebendig. Der Kreis des Kirchenjahres ist geschlossen.

Provinzialländliche Umlage für 1932. Für 1932 ist eine provinzialländliche Umlage ausgeschrieben worden, die den Gesamtbetrag von 194.791 Mark ausmacht. Diese Summe zerfällt in viele kleine Einzelbeträge, die der jeweiligen Arbeit auf den verschiedenen Gebieten zugute kommen. U. a. werden von der Provinzialländliche finanziert: Jugendarbeit, Wohnbauarbeit, Volksmission, innere Mission, Dienstleistungs- und Volksdienstleistung, soziale Arbeit und äußere Mission.

Kleingärtner sind auch noch ein Festtag, den sich selten jemand nehmen läßt. Wer es sich leisten kann, feiert, und Gelegenheit dazu ist überall vorhanden, denn die beliebtesten Pfingsttage werden allenthalben wiederholt. Bei uns stehen die Tanspieler der Jugend zur Verfügung, im Schwefelwasser in Hagenburg ist allerhand Pfingstfreude zu finden und im nahen Wendelstein hat sich sogar wieder das schöne Wetter noch nach eine Pfingstgesellschaft gebildet, die im Gohlhof Tanz und Freischießen veranstaltet.

Stadt-Eckpunkte. Zwei ausverkaufte Schläger auf einem Programm, das muß jeden Kinetfreund zufrieden stellen. Der große Kriminalfilm: „Geheimnisse von London" zeigt in

6 Affen die Tragödie eines Kindes. Finstere, unheimliche Gasen, Glend und Mumm. Die Qualen eines Armenhauses farenen trübe vor sich hin. Die Hoffnungslosigkeit ist doch das Leben und wie eintönig. Schlafen und essen — Schelle und Schläge, das ewige Einzel. Da kommt Leben in die tote Masse. Eine junge Frau wird ohnmächtig hereingetragen, sie ist gelegenen Leibes. Der Arzt, durch das Glend, das ihn umgibt, abgetumpft, fantasisiert, — kein Trauring, die alte Gefährtin! — Das Kind wird geboren, die Frau stirbt, und wie es dem armen Menscheinde weiter ergeht, schildert wieder feilliche, zugleich aberenteuerliche, ionenartige Film. — Der zweite Großfilm: „Sprengbagger 1010" bringt einen hochinteressanten Auschnitt aus dem leidenschaftlichen Fortschritt und umfaßt 7 Affe. Ein Problem der Zeit entrollt sich vor den Zuschauern. Ein Ingenieur hat die Aufgabe vollendet, die Kraft und Ertrag des Gesteins zu heben. Die Konstruktion des Sprengbagger 1010. Der Benutzer hat die Aufgabe, das Karolinenwerk mit Rohlen zu versorgen, damit Tausende von Arbeitern nicht brotlos werden. Denn die Menge der Bevölkerung steigt ständig, der Hunger nach Rohstoffen wird größer, der Arbeitstag wird mit den steigenden Kulturprüprien kleiner. Was es nicht zu einem Kampf kommen, der sinnlosige Bedeutung für die der größten Revolutionen ist, die die Weltgeschichte kennt? Jeder Besucher wird darüber nachdenken.

Wanderfreizeit durch Thüringen und die Fränkischen Schweiz. Der Gesamtzeitverlauf für die weibliche Jugend in der Provinz Sachsen (Salle a. S., M. Klausur, 12) veranstaltet vom 6. bis 14. Juli eine Wanderfreizeit über Harz, Saale, Elbe, Göttingen im Schmaragdland. Näheres ist durch die Geschäftsstelle in Halle zu erfahren.

Die Schlacht bei Lützen als Relief. Am Sonnabend vor Pfingsten ist in Lützen wie mit vieler Sorgfalt aufgebauete plastische Darstellung der Schlacht bei Lützen eingeweiht und der Feiernleitigkeit übergeben worden. Man sieht das Gelände der Stadt und des Schlachtfeldes, ferner mehr als 3000 Soldaten, wie sie sich vor 300 Jahren gegenüberstanden, so daß als alle Augenblicke dieses Zeltres festgelegt haben, sich von den geschichtlichen Vorgängen des Dreißigjährigen Krieges ein anschauliches Bild zu machen.

Die Nachsendung der Post erleichtert seine Vorbereitung, wenn man schon in Nachsendungsamt der Post die Wohnung am Sommeranfang genau und vollständig besichtigt. Wird eine Wohnung erst nach dem Eintreffen am Standort angemietet, so sollte man nicht veräumen, sofort die näheren Angaben der Post am Heimatort und möglichst auch den Personen, mit denen man einen Briefwechsel unterhält, mitzuteilen. Zu Nachsendungsanträgen verwende man möglichst die amtlichen Formblätter, die an den Schaltern und von den Julettlern zur Abgabe bereitgehalten werden.

Die Post senkt Gebühren für Nebenlephore. Am 1. Juli treten ermäßigte Gebührensätze für Nebenlephore, Nebenanschlüsse und Zulageverbindungen in Kraft. Rechtlich sind die Apparatbeiträge herabgesetzt worden, wodurch den Teilnehmern die Einrichtung und die Erweiterung von Nebenstellenanlagen erleichtert wird.

Kostenlos. (Achtung Rundfunkler!) Der rührigen Arbeit der hiesigen Abteilung des R.D.N. in der R.S.D.M.B. ist es unter den größten Schwierigkeiten gelungen, am kommenden Sonnabend, 22. Mai, den 2. Vorlesenden des R.D.N., Herrn Sabamooß, Berlin, zu einem Vortrag zu veranlassen. Herr Sabamooßs unermüdelter Tätigkeit ist es zu verdanken, daß heute schon hunderteausende deutscher Rundfunkler im R.D.N. zusammengekommen sind. In knapper, sachlicher Anlage wird Herr S. am Sonnabend mit dem heutigen System der Rundfunkpolitik abrechnen. Rundfunkler ergeht in Massen, um Auffklärung über Weg und Ziel des R.D.N. zu erhalten. Deutlich der Rundfunk! Fort mit den hohen Gebühren, dafür Senkung der Gebühren auf monatlich 1 RM. Tausend erreichen nichts, Millionen alles!

Schlächterei im Armenhause. Gehten in den Morgenstunden einlaßend zwischen den Bewohnern des Armenhauses ein Streit, der schließlich zu argen Tätlichkeiten ausartete. Der eine Bewohner, Arbeiter Berthold, hatte beim Einbringen von Holz ein im Hofe aufgehängtes Kleid der Frau des Arbeiters Weidig ein wenig zertrübt. In der Annahme, daß dies absichtlich geschehen, gab der Ehemann Weidig auf G. los und ludte diesen zu schlagen. Als dies der dritte Bewohner des Spitals, Arbeiter Kober, sah, kam er dem Angegriffenen zuzuhilfen und nun erhielt Weidig, das ihm Berthold zugedacht Keile. Die Frau des W. lief daraufhin rasch zu ihrem Schwager, dem Arbeiter Widmer, ergabte das Vorgeschehene und letzterer eilte mit einer Entlangung bewaffnet ins Armenhaus. Hier traf er zunächst auf Kober, den er mit der mitgebrachten Eisenklinge bearbeitete und schwer verwundete, sodas er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Widmer wurde sofort in Kraft genommen und am gleichen Tage in Quersart zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Rausig. (Einbruch.) Bei der Witwe Schröder ist in den letzten Wahlen eingebrochen worden. Gefährlich hat man Schindler und Wirtknecht. Von den Tätern fehlt jede Spur. Die Ermittlungen sind im Gange.

Artern. (Von Gantnerf.) Nur eines Wadens hind es noch, die Arbeit von Gantnerfeste trennen. Wie Ausschüsse sind nicht bei der Arbeit, um dem Festen einen guten Verlauf zu ermöglichen. Die meiste Arbeit haben der Wack und Wohnungsausgleich jetzt zu leisten. Um die Weckkämpfe mit den vielen Weckkämpfern und -Kämpferinnen ohne Störung durchführen zu können, müssen Gedulde, Lauf- und Springbahnen nicht nur in genügender Zahl vorhanden, sondern auch in ordnungsgemäßen Zustande sein. Das kostet noch manchen Schwefeltropfen. Doch bei gutem Willen geht alles. Auf der Wohnungsausgleich hat noch ein schwieriges Problem zu lösen. Bis zum heutigen Tage haben sich nicht weniger als 800 Turner und Turnerinnen gemeldet. Dazu kommen noch etwa 100 Kampfrichter. Umgefäß: 500 müssen davon für eine Nacht einquartiert werden.

Sandermorgen. (Gattererb.) Die Nordseite ist am Mittwochmorgen der Schupall einer furchtbaren Bluttat geworden. Der Arbeiter Kind aus Bitterfeld erlitt dort seine Frau. Der Täter ist flüchtig. Der Mörder ist ein rabiotischer Mensch. Die Frau hatte unter schweren Mißhandlungen zu leiden und hatte deshalb die gemeinsame Wohnung verlassen. Am Mittwoch früh drang er in das von der Frau besetzte

Schandurteil in Polen

Für deutschen Polizeihauptmann 8 Jahre Zuchthaus.
Großes Aufsehen erregte feierlich die Verhaftung des in Bochum stationierten Polizeihauptmanns Pogny in Ostoberschlesien, der beschuldigt war, militärische Spionage zugunsten Deutschlands getrieben zu haben. Die leitenden deutschen Generaloffiziere unternahmten Schritte wegen Freilassung des Verhafteten, die aber erfolglos blieben. Am Mittwoch verhandelte nun die erweiterte Strafkammer des Bezirksgerichts in Katowitz gegen Hauptmann Eginhard Pogny, der sich nach der Ankündigung in vier Fällen der Spionage zugunsten Deutschlands und zum Schaden des polnischen Staates schuldig gemacht haben soll.

Die Verhandlung wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Die vernommenen Zeugen — unter ihnen bemerkte man die aus dem Ullrich-Prozess zur genüge bekannten polnischen Hauptleute Eis und Jychon — legten sich durchweg aus Offizieren des Generalstabs, Polizeioffizieren und Kriminalbeamten zusammen. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Vergehen für schuldig befunden und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren beantragt.

Hohe Politik im Gerichtssaal

Der Beteiligungsprozess des Landgerichtsdirektors Soelling Berlin, 20. Mai.
Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich der Redakteur Dr. Hirsch vom „Acht-Uhr-Abendblatt“, der bereits wegen Beleidigung des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Rojewski mit 500 RM Geldstrafe verurteilt ist, wegen über Nachrede und Beleidigung des Landgerichtspräsidenten Soelling zu verantworten. Am „Acht-Uhr-Abendblatt“ war am 29. Oktober u. a. ein Artikel erschienen, der sich mit der Person des Landgerichtspräsidenten Soelling befasste, und in dem in längeren Ausführungen gelangt wurde, daß Landgerichtspräsident Soelling an einer Hyster-Kundegebung im Sportplatz teilgenommen habe und trotzdem er früher einmal Seligmann geheißen habe. „Herr Hirsch“ gerufen hätte. Die Staatsanwaltschaft erhob auf den Strafantrag des Kammergerichtspräsidenten Soelling gegen das „Acht-Uhr-Abendblatt“ die Ausführungen des Artikels den zutreffenden Raum einer kritischen Beleuchtung der Persönlichkeit des Landgerichtspräsidenten überföhren und sowohl formale Beleidigungen als auch über Nachrede enthalten.

Kreugers Luftgeschäfte

Die erdichteten Kriegergewinne.
Stockholm, 20. Mai.
Aus dem Bericht der Stockholmer Kriminalpolizei über die Verhöre der sechs verhafteten Angehörigen des Kreuger-Kongerns geht deutlich hervor, daß die großen Kapitalien, nach deren Verfalls immer wieder gefragt wurde, zum größten Teil niemals existiert haben. Die meisten Kriegergewinne der letzten Jahre waren erdichtet.
Die Schulden wurden durch Anlage eines einigartigen Netzes von Tochterunternehmungen, deren Buchungen vollkommen falsch waren, verkleinert. Drei der verhafteten Kreuger-Beamten trafen kurz vor Kreugers Selbstmord mit ihm in Paris zusammen. Bei Aufstellung des Bilanzstufes von 1931 wurden Kreuger Fragen vorgelegt, durch die es ihm zur Einbeziehung der Vermögensgegenstände wurde. Der Selbstmord Kreugers kam für die ihm nachstehenden keine Verleumdung gewesen sein, zumal er schon einige Wochen früher in Amerika mitgeteilt hatte, aus dem Leben scheiden zu wollen. Die Einbeziehung war unvermeidlich, weil seine Direktoren forderten. Die neuen polizeilichen staatlichen Staatspapiere einzulösen. Die neuen polizeilichen berichte haben mehrere bisher unbekannte Gesellschaften und Persönlichkeiten zum Vorschein gebracht. Dabei spielt u. a. ein mysteriöser Millionär namens Lehmann eine wichtige Rolle.

Unverminderter Schutz der Milchwirtschaft

Eine Rede des Ministers Schiele.
Auf dem Verbandsstag der Westfälischen Genossenschaftlichen Reichserzeugnisvereinigungen Schiele eine Forderung des gegenwärtigen Schutzes unserer Milchwirtschaft als für die Reichsregierung untragbar. Ein Abbau dieses Schutzes würde den Kern unserer Landwirtschaft und unseres Binnenmarktes völlig zerstören. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der Notwendigkeit, alle Möglichkeiten anzunehmen, um unseren Binnenmarkt wieder stark und leistungsfähig zu machen, wäre eine Verringerung des gegenwärtigen Schutzes der Butterproduktion verantwortungslos gegenüber den deutschen Bauern.



Wieder eifriger Besuch in Berlin.
Emir Feisal, der zweite Sohn des Königs Ibn Saud, ist zu Besuch der Reichsregierung in Berlin.

Öffentliche Steuermahnung.

Die am 15. ds. Mts. für den Monat Mai ds. Js. fällig gewordenen Steuern und zwar: Grundvermögens-, Hauszins-, Steuern, Gemeindegeldbesatz zur Grundvermögenssteuer, sowie die Vorauszahlungen zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage und nach dem Kapital für das I. Quartierjahr 1932 sind immmerhin binnen drei Tagen an die Stadtkassensätze zu entrichten.
Eine Befreiung vom Zahlungssatz findet nicht statt.
Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden.
Nebr a. U., den 18. Mai 1932.

Die Stadtkassensätze.
Der Magistrat.

Betr. Pächte 1932.

Pächter städt. Gärten, die noch mit Zahlung der am 1. Mai d. Js. fällig gewordenen I. Quartale im Rückstande sind, werden zur Beseitigung von Zwangsmaßnahmen ersucht, Zahlung bis 30. 5. 32 zu leisten.
Nebr a. U., den 18. Mai 1932.

Der Magistrat.

Betr. Verpachtung der kleinen Grasunzungen.

Die Verpachtung der kleinen Grasunzungen erfolgt am Sonntag, dem 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr.

Treffpunkt: Oberseite.
Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
Nebr a. U., den 20. Mai 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Betr. Verpachtungen der Wiesenwege.

Die Verpachtung der städt. Wiesenwege erfolgt am Montag, dem 23. d. Mts., nachmittags 3 Uhr.

Treffpunkt: Otto's Sütte am Reinsdorferweg.
Bedingungen im Termin.
Nebr a. U., den 20. Mai 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Kontrolle der Erwerbsloien

Ab 23. Mai d. Js. haben sich die Wohlfahrtsvereine außer der Kontrolle am Freitag bei der Auszahlung noch jeden Montag in der Zeit von 2 bis 3 Uhr nachmittags im Rathaus — Zimmer Nr. 4 — zur Kontrolle zu melden.
Es wird ermahnt, die Kontrollzeit pünktlich einzuhalten.
Nebr a. U., den 20. Mai 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Betr. Flußbadeanstalt.

Die städtische Flußbadeanstalt wird am Sonntag, dem 21. Mai d. Js., eröffnet. Als Badezeiten sind folgende Stunden festgelegt:

1. Männliche Personen:	2. Weibliche Personen:
Montag 9—12 Uhr	6—9 Uhr
Dienstag 6—9 "	9—12 "
Mittwoch 9—12 "	6—9 "
Donnerstag 6—9 "	9—12 "
Freitag 9—12 "	6—9 "
Sonntag 9—12 "	6—9 "

An Sonntagen und an allen Nachmittagen der Wochentage ist die Badeanstalt zur gemeinsamen Benutzung (Familienbad) freigegeben.

Jeden Donnerstag von 7—9 Uhr nachmittags ist die Badeanstalt den turn- und sporttreibenden Vereinen der Stadt zur alleinigen Verfügung gestellt.

Als Badepreise werden erhoben:

1. Einzelbad für Erwachsene	RM. — 1,0
2. " " Kinder	" — 0,5
3. Jahreskarte " Erwachsene	" 2,50
4. " " Kinder	" 1,50
5. " " Familien	" 5,—

Tageskarten sind in der Badeanstalt bei dem Bademeister, Jahreskarten in der Stadtkasse zu haben.

Auch im Falle des Nichtabens ist das Betreten der Badeanstalt nur nach Vorlegung einer Karte gestattet.

Den Anordnungen des Bademeisters sowie des städtischen Aufwachpersonals haben die Besucher unbedingt Folge zu leisten. Bei zahlreichem Besuch der Badeanstalt sind die Zellen auf Verlangen des Bademeisters in angemessener Frist freizumachen.
Nebr a. U., den 19. Mai 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

KLEIN-CONTINENTAL für jeden Bedarf



Generalvertretung:
Friedrich Müller, Halle (Saale)
Fernspr. 25616 u. 22102 • Leipziger Straße 29

Drucksachen aller Art

fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert
Buchdruckerei Wth. Gauer, Köstleben.

Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof“

Donnerstag, den 22. Mai, abends 8^{1/2} Uhr:

Sprengbagger 1010

Reiner:

Die Geheimnisse von London.

Es ladet freundlich ein

Borgwardt.

Kleinspangsten

laden zum Besuch nach

Schweizerhaus Ujzburg

freundlich ein

Der Wirt. Die Pfingstgesellschaft.

Der geübten Einwohnerschaft von Nebra und Umgebung zur Kenntnis, daß mein bis zu 10 Personen fassender

groß. Adlerwagen zu Ausflügen

bei billiger Berechnung bereit steht.

Familien-, Tages- und Nacht-Fahrten

werden jederzeit ausgeführt.

Schachtingeböll

Curt Stein.

Hauslämmer - Verkauf

Montag, den 23. Mai, vormittags 10 Uhr.

Rittergut Nebra.

EIN BERÜHMTER ASTROLOGE macht ein glänzendes Angebot

Er will Ihnen

GRATIS

Wird Ihre Zukunft glücklich, gesamt, erfolgreich sein? Werden Sie Erfolg haben in der Liebe, in der Ehe, in Ihren Unternehmungen, in Ihren Plänen, in Ihren Wünschen? Es sagt Ihnen auch noch mehrere andere wichtige Punkte, welche nur durch die Astrologie enthüllt werden können.

Sind Sie unter einem guten Stern geboren?

Der berühmte Astrologe, dessen astrologische Studien und Forschungen einen tausendfachen Strom von Dankschreiben aus der ganzen Welt hervorgerufen haben, wird Ihnen gegen Mitteilung Ihrer Adresse und Geburtsdaten durch seine unvergleichliche Methode eine astrologische Analyse Ihres Lebens und Ihrer Zukunft senden, welche neben seinen persönlichen Ratseigenen Anweisungen enthält, die Sie nicht nur in Stunden, sondern in Begleitung versetzen werden. Seine persönlichen Ratseigenen erhalten die Macht, Ihren Lebenslauf günstig zu verändern. Herr Karl Schrank, Wien, schreibt: In kurzen zusammengefaßten kann ich über Sie als Astrolog folgendes sagen: Ihre Horoskopbeurteilung fällt auf exakter wissenschaftlicher Grundlage, Gründlichkeit, Intuition, Genialität, tiefes Wissen, vollständige Beherrschung der Materie und gibt Ihnen das Privileg eines exzellenten Astrologen. Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort ohne einen Augenblick zu zögern einen kostenlosen Prospekt unter Angabe Ihrer genauen und leserlichen Adresse und Geburtsdaten von Herrn Oskar Flus, Akademiker, Berlin - Wilmersdorf, Holsteinische Straße 35, Abtg. 14

Kanholz-Listen

Hobeldielen • Stab Bretter
Schnitbretter • Dachlatten
Tischlerbretter in Kiefer u. Fichte

Bayerische und Polnische Kiefer
Zaunsäulen u. -Latten

Thüringer Holzwerke, Köstleben
Gottschalk & Sauer

Fernruf 263 Am Bahnhof

Ostermädchen

f. Geschäftsbaukasten als Zweit-
mädchen gefast. Angebote unter
S. 100 an die Geschäftsstelle
der „Hofber Zeitung“ in Köst-
leben erbeten.

GESCHAFTS BÜCHER

Piano

gut erhalten, billig zu verkaufen
Köstleben a. U.
Lottenborferstr. 6.

J. KÖNIG-GERHARDT
GR. K. OPTIK- u. BUCHERFABRIK
KÖSTLEBEN
Buchhandlg. W. Sauer

Neuer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerlands Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Hebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen lösen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf.
Anzeigenannahme an Budentagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Hebra — Bankverein Aetern.

Nr. 61

Sonnabend, den 21. Mai 1932.

45. Jahrgang

Die letzte Woche

Es ist nicht zu bestreiten, daß der deutsche Vorkrieg in dem Interaktionsbereich der Wirtschaftsentwicklung, der sich mit den Vorkriegsbedingungen befaßt, zunächst sein Ziel nicht erreichen konnte. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Brandenburg, hat verhandelt, schon in einem früheren Stadium der Aussprache den offiziellen Charakter der Zustimmung festzustellen und den deutschen Vorkrieg durchzuführen, der darauf abzielt, die ganze militärische Ausstattung zu verbessern. Zu diesem Zweck war es nötig, die Formulierung, die der Ausschuss zur Vorkrieg seiner Aussprache machen wollte, abzuändern, da sie eine klare Beantwortung der Frage nach dem offiziellen Charakter der Zustimmung verriet. Der deutsche Antrag wurde aber mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Was sagt, daß die Gegner des Antrags sich offenbar bisher noch nicht zu dem Aufschluß bereit sind, sondern auf die militärische Ausstattung zu verzichten. Da es sich zunächst um eine Auseinandersetzung im Interaktionsbereich handelt, ist die Angelegenheit noch durchaus in der Schwebe, es wird allerdings sehr zielbewußte und eindringlicher Arbeit bedürfen, der deutschen Sache weitere Anhänger zu werben. Die Zustimmung in dem Interaktionsbereich war jedenfalls sehr bedeutsam, auch nach der negativen Entscheidung. Das gilt besonders für die Ausführungen des belgischen Militärattachés, der den Grundlag vertrat, daß militärische Beobachtungs- und Jagdflugzeuge im Grunde keinen offiziellen, sondern defensiven Charakter hätten. Man muß diese Debatte festhalten, denn aus ihr ist für die Schweiz das abzulesen, daß die Bestimmungen des Vorkriegs Vertrags also nicht nur darauf abzielt, Deutschland seiner Angriffswaffen zu berauben, sondern daß man ihm auch militärische Mittel, die nach dem Urteil der Gegenparteien im wesentlichen der Verteidigung dienen, nicht zubilligen wollte. Am übrigen war es sehr wertvoll, daß der deutsche Vertreter Gelegenheit hatte, nicht nur die moralische, sondern auch die technische Seite dieser Frage eingehend zu erklären, und daß er unter dem Sprechen der Delegationen, die nachher dem deutschen Antrag zustimmten, aber auch bei seinen Gegnern Verständnis und Beachtung gefunden hat.

Die japanische Militärpartei hat erreicht, daß bei der Neubildung des Kabinetts, die in die Hand des bisherigen Innenministers Suzuki gelegt worden ist, eine Anzahl von Ministerposten Vertretern der nationalistischen Vereinigung übertragen werden soll, die die traditionelle Kraft des Widerstandes gegen das Kabinett Suzuki und damit die Urheber der blutigen Vorgänge in Tokio ist. Die neue Regierung wird sich also aus Vertretern der formalistischen Staatspartei und der nationalistischen Gruppe zusammensetzen. Angesichts der Energie und Rücksichtslosigkeit, mit der diese in der verwickelten Situation der regierenden Parlamentspartei ihren Willen aufzuzwingen und offenbar auch auf die Billigung des Kaisers den maßgebenden Einfluß gewonnen haben, ist anzunehmen, daß Suzuki ganz dem Namen nach das neue Kabinett führen, das sich kurz aber aus schließlich von den radikalen Elementen beeinflusst sein wird. Die Stimmungsbilder aus Japan, die in den letzten Tagen eingetroffen sind, lassen immer deutlicher erkennen, daß die Bewegung, die mit dem blutigen Ausbruch am Augusttag in sich an die Oberfläche dränge, eine für die japanische Verfassung typische Bewegung militärischer und sozialrevolutionärer Bestrebungen ist. Dabei dürften sich die ersten aus den letzten ergeben. Die Schwierigkeit, für den starken japanischen Bevölkerungszuwachs Lebensraum zu gewinnen, verstärkt die wirtschaftliche Krise, und die Militärs sehen den einfachsten Weg zu ihrer Überwindung in einer imperialistischen Eroberungspolitik, für die ihnen das riesige China der nächstliegenden und bequemsten Boden zu sein scheint. Darum haben sie aus machtpolitischen wie aus sozialpolitischen Gründen die Regierung Suzuki vorwärtsgetrieben und haben sich blutig gegen sie aufgelehnt, als das Kabinett sich genügt hat, mit internationalen Tatsachen zu rechnen, vor denen die besorgnisvolle Macht ihre Augen verschloß. Unter diesen Umständen wird auch die weitere Entwicklung im Fernen Osten sich vollziehen, und damit ist den übrigen Mächten die Aufgabe gestellt, mit gesteigerter Wachsamkeit diese Entwicklung zu verfolgen.

Zwischen dem Führer der siegreichen radikalen Partei Herriot und dem neuen französischen Staatspräsidenten Loubet hat eine erste Fühlungnahme stattgefunden, die grundsätzliche Bedeutung hat. Die Unterredung hat noch grundsätzliche außenpolitischen Fragen, da es gilt, die Haltung Frankreichs in Gené und in Lausanne zu klären, während die innerpolitischen Probleme noch zurückgestellt bleiben. Einen wertvollen Hinweis auf das außenpolitische Programm Herriots gewinnt man aus der Auseinandersetzung, die er persönlich in einem Zeitungsartikel mit dem französischen Delegationsführer in Gené, René Benoit, über die Wirtschaftspolitik führt. Herriot unterstreicht seine Übereinstimmung mit Paul-Boncour in dem Bestehen zu der bisherigen Haltung Frankreichs gegenüber dem Arbeitsproblem, namentlich auch was den Plan Lardoux zur Schaffung einer Vorkriegsbeschäftigung angeht. Die drei Schlagwörter: Sicherheit, Schiedsgericht, Abrüstung, sie sind auch in diesem Aufsatz Herriots des Bestimmten, und es erinnert an frühere Erfahrungen mit ihm, wenn er ausführt, daß der gegenwärtige Zustand Deutschlands für politische Reaktionen (er nennt er sich selbst und Paul-Boncour) besonders Schwierigkeiten bereite. Auch daß Herriot für die letzte Rede des

Reichstanzlers Dr. Brüning keine andere Kennzeichnung weiß, als daß sie die außenpolitische Situation schwer beeinflusst, ist für uns in Deutschland nicht gerade eine Lieberbedeutung, aber eine erneute Befähigung der Lasten, daß wir von einer französischen Politik unter seiner Leitung keine Erleichterung der bevorstehenden Verhandlungen zu erwarten haben. Das wird auch durch den Eifer bestätigt, mit dem Herriot erklärt, daß Frankreich in der Reparationsfrage kein unbedingtes Recht nicht preisgeben und das Gleichgewicht zwischen seinen Reparationsansprüchen und seinen Schuldenverpflichtungen nicht auf Kosten der französischen Steuerzahler stören lassen wolle. Es ist kein ermutigendes Beispiel für Lausanne, das aus diesen Worten des Mannes erklingt, in dem man die führende Kraft der französischen Politik der nächsten Tage zu erblicken hat.

England und die deutsche Grenzland-Kritik

Eine Studienkommission in Schlesien.
Berlin, 20. Mai.
Das englische Außenministerium hat zum Studium der Verhältnisse in der deutschen Grenzregion eine aus Parlamentariern bestehende Kommission nach Deutschland entsandt. Man will auf diese Weise aus eigener Anschauung ein Urteil über die deutschen Grenzgebiete gewinnen, das durch die unmittelbare Grenzbeziehung im deutschen Osten die naturgegebenen Wirtschaftsgebiete durchschneidet und die Wirtschaft des deutschen Ostens erschöpfend werden sei — kurz, daß durch den Verfall der Reichsrenten unzulänglich und dringend der Revision fähige Zustand geschaffen worden sind.
Auf ihrer Zureise hat die englische Studienkommission jetzt in Schlesien eingetroffen. Sie hat Schreiberbach besucht und dort insbesondere die Josephinische Pflanzung im Anhalt nach dort nach Göttingen gefahren und dort die wirtschaftliche des schlesischen Barock im Kloster Grottau in Augenschein genommen. Die Leiterin führte die Studienkommission nach Bad Schandau.

In schlesischen Kreisen hat man allerdings den Eindruck, daß der Reiseplan der englischen Kommission nicht besonders glücklich gewählt sei. In schlesischen Wäldern wird die Frage aufgeworfen, ob es zweckmäßig ist, die Gänge von einem Schauplatz Schlesiens zum anderen zu führen. Was ihnen nicht gelehrt wurde, ist Schreiberbach im schlesischen Pfingstweid, also in Ausnahmestellen, die sich einem solchen Eindruck erwecken könnten und daselbst geht auch für den Besuch von Bad Salzgitter und Grottau. Nebenbei wäre eine solche Besichtigung zum Beweise des Hochstandes ostpreussischer Kultur durchaus begriffenswert. Wichtiger aber ist, die Herren in die leerstehenden Wohnhäuser von Landsberg, in die Hütten der Arbeiter von Wachenburg und in die Wohnungen der Arbeitslosen des Kohlenreviers zu führen. Es handelt sich doch nicht um Fremdenwerbung für Schlesien, sondern um Anknüpfung an den dortigen wachsenden Bevölkerungszuwachs. Der Unterricht aber kann weder durch die Kunstschätze von Grottau noch durch den Prachtbau des Schlesiens jenseits in Bad Salzgitter — beides Prunkstücke aus vergangenen besseren Zeiten — erteilt werden. Was den Engländern, wenn die Reise für sie und für Deutschland nützlich sein soll, gesagt werden muß, das ist das bittere harte Geld, das gegen die Grenzgebiete des Ostens heute kämpft.

Eine Schaachfigur aus Kowno

Generalconsul Ghys ernannt.
Kowno, 20. Mai.
Die Ernennung des Londoner Generalconsuls Ghys zum Gouverneur des Memelgebietes wird nunmehr auch amtlich bestätigt. Ghys wird bereits am Freitag die Amtsgeschäfte übernehmen.
Der neue Gouverneur des Memelgebietes, der, wie verläutet, nicht den Titel „Minister“ führen soll und auch der Zentralregierung untergeordnet ist, wird bereits in den nächsten Tagen erwartet. Wie aus Kowno verläutet, ist es Ghys zur Pflicht gemacht worden, ein Direktorium zu bilden, das sich voll und ganz auf die Mehrheitsparteien stützt. Man geht dabei in Kowno offenbar von der Auffassung aus, daß das neue Direktorium in der Zeit der außerordentlich schwierigen Finanzlage des Memelgebietes die Verantwortung übernehmen soll.

Kein Konzentrationskabinett in Wien

Dr. Dollfuß' neuer Auftrag.
Wien, 20. Mai.
Die Bildung einer Konzentrationsregierung aller bürgerlichen Parteien unter Dr. Dollfuß ist gescheitert. Der Fraktionsobmann des Nationalen Fortschrittspartei, Dr. Straußner, hat Dr. Dollfuß die Mitteilung gemacht, daß seine Fraktion nicht in der Lage sei, an der Regierungsabklärung teilzunehmen, da in dem in Aussicht genommenen Regierungsprogramm wichtige Maßnahmen fehlten, die sich angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes als notwendig erweisen müßten.
Ein neuer Auftrag für Dr. Dollfuß lautet jetzt auf Bildung eines überparteilichen Ministeriums. Dr. Dollfuß selbst, binnen kurzem eine vollständige Ministerliste fertig zu haben. Die Ministerliste dürfte sich voraussichtlich zum

Teil aus Parlamentariern, zum Teil aus Nichtparlamentariern zusammensetzen.

Transferatorium in Oesterreich?

Die vertraulichen Verhandlungen über die weitere Behandlung des finanziellen Elends der österreichischen Regierung gehen weiter. Von deutscher Seite nahmen Ministerialdirektor Graf Schwerin-Krogh, der Finanzfachverständige der deutschen Regierung für die Donaufträge und das deutsche Mitglied des Finanzauschusses des Vorkriegs, Kempner (Bankhaus Meibelsch), an den Verhandlungen teil.

Es besteht die Absicht, durch den Vorkriegsrat einen engeren Austausch aus Vertretern des Finanzauschusses und den Donauftragverpflichtungen der vier Mächte, Deutschland, England, Italien und Frankreich, einzuleiten, der sich mit dem österreichischen Hilfsgeld befaßt soll. Jedoch werden in maßgebenden internationalen Finanzkreisen die Zusichten dieser Vorkriegsarbeit außerordentlich pessimistisch beurteilt.

Der Zweck dieser neuen Maßnahme kann nach der gegenwärtigen Lage lediglich der sein, Oesterreich auf irgendeinem Wege im letzten Augenblick eine Anleihe zu verschaffen. Es besteht der Eindruck, daß die französische Regierung die Finanzhilfe für Oesterreich bis zur Lausanner Konferenz offenlassen will, um dann unter dem Druck der wachsenden Notlage Oesterreichs und der Balkanstaaten auf der Lausanner Konferenz den bekannten Domanian Lardoux, dessen rein politischer Charakter heute nirgends mehr angezweifelt wird, ermöglicht durchzudrücken.

Jedoch rechnet man damit, daß Oesterreich kaum mehr bis zum Zusammentritt der Lausanner Konferenz warten kann und die Erklärung eines Transferatoriums durch die österreichische Regierung durch innermeritisch geworden ist. Unter diesen Umständen kann der Einleitung eines Sondervertrages des Vorkriegs für die österreichische Finanzhilfe keinerlei praktische Bedeutung beigemessen werden.

Das Kriegs-Kabinett in Tokio

Die Forderungen der Arme.
Tokio, 20. Mai.
Der japanische Armeestab hatte dem Führer der Seimukai-Partei, Suzuki, ultimative Bedingungen vorgelegt, unter denen er die Bildung eines neuen Kabinetts zustimmen will. Die Arme forderte in erster Linie den Einfluß solcher Männer in die neue Regierung, die für die Durchführung einer nationalen Politik Gewähr bieten. Die Arme hat nun auch ein besonderes Wirtschaftsprogramm aufgestellt, dessen Befolgung sie von Suzuki verlangt und das u. a. Steuer- und Schuldenerleichterungen für Bauern und Kleinhandwerker vorseht. Suzuki hat sich in großen Zügen mit den Forderungen der Arme einverstanden erklärt, die Bildung geschehen ist. Die Kriegsminister haben sich die Verantwortung über die Verweigerung der Bedingungen erklärt.

Japan droht mit Wiederbesetzung Schanghai's.

Nach einer Mitteilung der japanischen Presse in Schanghai erklärte General Schirokawa, wenn die chinesische Regierung das Abkommen vom 5. Mai verfolge, so würden die japanischen Truppen wieder in Schanghai landen. Die chinesische Regierung müsse besondere Maßnahmen treffen, um antijapanische Bewegungen zu unterdrücken.

Das neue japanische Kabinett

Tokio, 20. Mai.
Bei den Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Seimukai-Partei Suzuki und dem nationalistischen Kriegsminister Arai, der die Arme vertritt, ist bereits eine Verständigung über die Zusammenlegung des neuen Kabi-